Nr. 2, Mai, 2020

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

LandesinfoEXTRA Baden-Württemberg

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer hält unsere Gesellschaft in Zeiten von Corona am Laufen, wer gilt als „systemrelevant“? Die derzeitige Krise zeigt, es sind nicht die Banken und die Finanzwelt. Es sind die vielen Menschen, die – oft im Niedriglohnsektor – in den Krankenhäusern und in den Supermärkten arbeiten. Gleichzeitig sind viele im Homeoffice und managen Arbeit, Kinderbetreuung und Hausarbeit. Besonders für Frauen* bedeutet das oft eine Mehrfachbelastung bis an die Grenzen des Schaffbaren. In diesen Zeiten ist der 1. Mai als Internationaler Tag der Arbeit besonders wichtig.

Viele Menschen sind zudem von Kurzarbeit betroffen. Wenn das an sich schon geringe Einkommen auf 60% runtergekürzt wird, reicht es kaum noch für die Miete. Die Städte und Gemeinden haben Hilfsprogramme aufgesetzt, doch diese decken längst nicht alles ab. Und Pflegekräfte monieren zu Recht, dass sie keinen Applaus, sondern Respekt wollen. Als LINKE sagen wir: Respekt muss sich auch am Gehalt zeigen und fordern 500 Euro mehr im Monat. Am 1. Mai 2020 fragen wir: Was ist wirklich wichtig und wie bezahlen wir diese Tätigkeiten? Wer bezahlt für die Krise? Wie sieht Solidarität mit jenen aus, die auf der Flucht vor Krieg und Krisen sind? Wie mit denen, die als Alleinerziehende Job und Kinder unter einen Hut bekommen müssen, wenn die Kita dicht ist? Wie sieht eine solidarische Gesellschaft aus, in der die Gesundheit aller Menschen gleich viel Wert ist?

In dieser Zeitung bekommen gewerkschaftlich Aktive und Betriebs- und Personalräteaus ganz Baden-Württemberg eine Stimme. Denn die Stimme der Menschen in den Betrieben muss noch viel lauter werden - und auch viel mehr gehört werden.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und einen kämpferischen 1. Mai!

*Sahra Mirow und Dirk Spöri, Landessprecher*in der LINKEN in Baden-Württemberg*

Linker Green New Deal

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen in den Antworten auf die aktuelle Krise nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen ein krisenfestes Gesundheitssystem, das gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle gewährleistet. Dafür braucht es hunderttausende zusätzliche Stellen in der Pflege, in den Krankenhäusern, in allen Gesundheitsberufen und öffentlichem Gesundheitsdienst. Die Beschäftigten in sogenannten „systemrelevanten“ Berufen erbringen für die Gesellschaft gerade mit ihrer harten Arbeit und höherem Gesundheitsrisiko eine große Leistung. Ihre Arbeit muss endlich anerkannt und deutlich besser bezahlt werden.

Die Linke hat mit dem linken Green New Deal ein Konzept, das den Kampf um soziale Gerechtigkeit, konsequenten Klimaschutz und eine andere Wirtschaftsordnung verbindet. Es soll verschiedene gesellschaftliche Akteure – Klimabewegung, Lohnabhängige, Gewerkschaften – zusammenbringen und deutlich machen, dass wir die Zukunft nicht den Konzernen überlassen. Dieses linke Konzept verbindet verschiedene Schwerpunkte zu einem Vorschlag für einen sozialen und ökologischen Systemwechsel.

Von Bernd Riexinger, Parteivorsitzender

Heraus zum 1. Mai?

Im 101. Jahr seines Bestehens in Deutschland kann der erste Mai nicht in der realen Öffentlichkeit stattfinden. Es gilt ein Versammlungsverbot. Unsere Grundrechte und Arbeitsrechte sind eingeschränkt und verändert worden. Wir müssen wachsam sein und darauf achten, dass unsere vollen Rechte wiederhergestellt werden. Die Beschäftigten dürfen durch längere Arbeitszeiten nicht noch mehr belastet werden. Gerade in den Pflegeeinrichtungen, ob Altenheim oder Krankenhaus, ist die Belastung enorm gewachsen. Sie kann nicht durch Ausdehnung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit beendet werden, sondern nur durch Einstellung von mehr Personal. Die finanziellen Hilfen für Arbeitgeber*innen/Betriebe ist enorm. Die Hilfe für abhängig Beschäftigte, für Erwerbslose reicht nicht aus. Deshalb sind Forderungen nach sofort höherem Kurzarbeitergeld, nach höheren Beträgen für Hartz-IV-Beziehende, für 500 Euro/Monat mehr für Menschen in pflegerischen Berufen, richtig und müssen auch mit unserer Unterstützung durchgesetzt werden. Essen, Wohnen und Raten aber müssen jeden Monat bezahlt werden.

Heidi Scharf
ehem. erste Bevollmächtigte IG Metall, Schwäbisch Hall

Roman Zitzelsberger, IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg, meinte in einem Interview, dass jetzt die Chance grösser denn je sei ein Sofortprogramm für klimagerechte Produktionsanlagen sowie ein Programm aufzulegen, mit dem besonders klimaschädliche Autos von der Straße kämen.

Mageres Kurzarbeitergeld oder Arbeiten am Limit

Die Entscheidung des Koalitionsausschusses das Kurzarbeitergeld in Stufen zu erhöhen ist unbefriedigend und kommt viel zu spät. Die Beschäftigten in der Gastronomie und in anderen Branchen, die schon jetzt mit 60 % vom Nettoeinkommen klar kommen müssen, werden erst im Oktober 80 % ihres bisherigen Nettolohns erhalten. Für viele Kolleginnen und Kollegen wird somit der Gang zum Amt unausweichlich. Hundertausende Menschen werden so zu Hartz-IV-Empfänger*innen gestempelt.

Im Gegensatz dazu sind Überstunden und Extra Schichten seit Wochen in der Lebensmittelindustrie an der Tagesordnung. Die großen Lebensmittelketten haben sich politisch durchgesetzt. Schon jetzt ist klar, die Begehrlichkeiten der Arbeitgeberverbände die Schutzrechte für die Beschäftigten zu schleifen, sind erneut geweckt. Die tägliche Arbeitszeit darf jetzt 12 Stunden dauern, Ruhezeiten können verkürzt werden und das Arbeiten an Wochenenden und Feiertagen wird großzügig gestattet. Maßnahmen die völlig unnötig sind, denn es gibt keinen Versorgungsengpass in der Lebensmittelindustrie. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass eine steigende Arbeitsbelastung das Gesundheitsrisiko für die Beschäftigten enorm erhöht. Im Gegensatz zu hohen Hygienestandards in der Produktion steht Arbeits- und Gesundheitsschutz in vielen Betrieben nicht an höchster Stelle, nicht nur in Zeiten der Pandemie. Abstandsregeln, Sicherheitskleidung, Unfallschutz und vieles mehr werden viel zu oft als Nebensache betrachtet. Es wird Zeit, dass wir das ändern. Gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte gute Arbeit leisten können. Wir fordern, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz endlich ausgebaut werden!

Elwis Capece, Gewerkschaftssekretär der NGG, zuständig für die Regionen Karlsruhe und Mannhein

Bündnis für mehr Personal in Krankenhäusern:

„Klatschen ist gut, Krach schlagen ist besser!“

Macht mit, schlagt Krach für ein besseres Gesundheitswesen - mit Töpfen, Trommeln und Musikinstrumenten. Malt Transparente oder Schilder für ein solidarisches Gesundheitswesen, für die gesellschaftliche und materielle Anerkennung von Pflege- und Sorgearbeit, gegen Profitorientierung und Fallpauschalen- und Apparatemedizin. Dieser Aufruf vom „Tübinger Bündnis für mehr Personal in Krankenhäusern“ wurde vor Ort schon zweimal befolgt, weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

In einer Erklärung heißt es: „Das Gesundheitssystem ist am Kapitalismus erkrankt und die Leidtragenden sind die, die schon seit Jahren dagegen auf die Straße gehen. Wir wollen nicht nur Danke sagen, sondern mehr Geld & Zeit für Sorge - und Pflegearbeit fordern. Kranken - und Pflegeeinrichtungen sollen sich am Bedarf orientieren und keine Profite machen! Die benötigten Mittel für ein funktionierendes Gesundheitswesen müssen bereitgestellt werden. Outsourcing durch Privatisierung zu Lasten der Beschäftigten und Patient*innen muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die aktuelle Coronakrise verschärft die bestehenden Probleme in den Kranken- und Pflegeeinrichtungen. Das Schlaglicht auf diese Zustände könnte aber auch eine Tür zu dessen Lösung aufstoßen. Streiten wir alle zusammen, Beschäftigte, (potentielle) Patient*innen und Angehörige für ein solidarisches Gesundheitswesen!

Bernhard Strasdeit

Anhebung des Kurzarbeitergeldes – zu spät, nicht rückwirkend, viele bekommen nichts

Ende März bewies die Bundesregierung, dass sie kann, wenn sie nur will. Innerhalb weniger Tage wurde ein Milliarden-Hilfspaket für die Wirtschaft verabschiedet. Für die Unternehmen wurde der Geldhahn aufgedreht, während Arbeitnehmer*innen, die in Kurzarbeit gehen mussten, leer ausgingen. Obwohl der Bund die Arbeitgeber entlastet und die Sozialversicherungsabgaben zu 100% übernimmt, werden die Unternehmen nicht gezwungen, einen Teil der eingesparten Gelder weiterzureichen und das Kurzarbeitergeld aufzustocken. So müssen sich die Kolleginnen und Kollegen mit 60% des letzten Nettoentgelts (bzw. 67% mit Kindern) begnügen, das bedeutet oftmals: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

Nach wochenlangem Druck durch Gewerkschaften und DIE LINKE hat auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil auf eine Anhebung des Kurzarbeitergeldes gedrängt. Die jetzt verabschiedete Lösung hilft vermutlich keinem, der auf höheres Kurzarbeitergeld angewiesen ist. Erst ab dem vierten Monat gibt es 70 Prozent statt 60 Prozent des Nettoverdiensts. Nach weiteren 3 Monaten dann 80 Prozent. Und das alles auch nur dann, wenn die Betroffenen mit mehr als 50% ihrer Arbeitszeit in Kurzarbeit sind.

Alles in allem wird also die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes nur bei einem kleinen Teil der Arbeitnehmer*innen ankommen.

Für uns als DIE LINKE ist klar: Das reicht nicht aus! Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft mit Milliardenbeträgen unterstützt wird, während Arbeitnehmer*innen in der Krise nicht mehr wissen, wie sie die Miete und die Rechnungen zahlen sollen.

Wir fordern: Sofortige Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 100% für alle Beschäftigten in Niedriglohnbereichen und auf 90% für alle anderen. Und zwar rückwirkend zum Beginn der Kurzarbeit.

Von Ralf Jaster, IG Metall Sekretär in Reutlingen.

Corona-Prämien für DRK-Rettungsassistent*innen? Fehlanzeige.

Während überall davon gesprochen wird, dass Beschäftigte im Handel und in der Pflege eine steuerfreie Prämie erhalten sollen, schließt das Deutsche Rote Kreuz Prämien für die im operativen Bereich Beschäftigten aus, wie zum Beispiel für Rettungsassistent*innen. Man halte nichts von diesem „Aktionismus“.

Im „Normalbetrieb“ wird ein Rettungs- oder Krankentransportwagen nach Fahrten einfach gereinigt. Jetzt muss der Wagen bei Corona-Verdacht desinfiziert werden. Ein Einsatz kann sich somit von einer auf vier Stunden verlängern, und das Desinfektionsprotokoll eines Rettungswagens ist aufwändig und kompliziert.

Aber davon will die DRK-Führung nichts wissen. Prämien für die Sonderbelastung werden abgelehnt. Ein Fall zum Fremdschämen, vor allem weil Rettungsassistent*innen schon im „Normalbetrieb“ besonders aufopferungsvoll arbeiten.

DIE LINKE fordert schon lange, Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Auch gegen den Widerspruch von Arbeitgeberverbänden. Das würde hier helfen, denn es sind in der Regel Tarifvereinbarungen, die Prämienzahlungen zu Grunde liegen.

Stefan Dreher, Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft

Kultur darf nicht an Corona zugrunde gehen

Viele Menschen stellen in Zeiten von Corona fest, welche wichtige Rolle Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, geistige Ausgeglichenheit, politischen Diskurs und persönliche Entwicklung spielt. Die aktuelle Krise bedroht jedoch Kulturschaffende aus dem Kunst-, Kultur- Film und Medienbereich durch Auftragsverluste und Honorarausfälle in ihrer beruflichen Existenz. Inwieweit die Kulturszene Corona „überlebt“ ist noch offen.

Kulturschaffende arbeiteten bereits vor der Coronakrise prekär. Jetzt fallen sie in allen Bereichen durchs Raster. Die von der Bundesregierung beschlossene Corona-Soforthilfe für Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige ist nicht darauf ausgerichtet, den Lebensunterhalt der Kulturschaffenden zu decken, viele müssen Hartz IV beantragen.

Für DIE LINKE ist klar, dass der Beruf von Kulturschaffenden systemrelevant und zu bewahren ist. Sie müssen schnellstmöglich kulturspezifische Hilfsmaßnahmen erhalten und brauchen einen sofortigen Zuschuss, um die Krise zu überbrücken. Doch auch nach der Pandemie muss eine gerechte Entlohnung gewährleistet sein. Es braucht endlich eine ausreichende Ausfinanzierung von Kultur. Wir müssen den Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen in der Kulturszene unterstützen und in unserer Politik weiter für gerechte Arbeitsbedingungen streiten. Kultur gehört als Staatsziel in das Grundgesetz.

Michel Brandt, Bundestagsabgeordneter, Personalrat des badischen Staatstheaters

DIE LINKE fordert finanziellen Schutzschirm für Kommunen

Aus der Diskussion im Landesverband der Linken:

Kommunen sind in der Corona-Krise nicht unwichtiger als die Lufthansa!

Für die Bewältigung der Corona-Krise braucht es einen finanziellen Schutzschirm für die 1101 Städte und Gemeinden im Land. DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die entsprechenden Forderungen des Landkreistages Baden-Württemberg und des Gemeindetages vom 6. April an die Landesregierung. Die bislang zugesagte Soforthilfe des Landes ist unzureichend, weil die Kommunen nach der Corona-Krise mit einem öffentlichen Konjunkturprogramm, das die örtliche und regionale Wirtschaft und das Handwerk besonders berücksichtigt, zum wichtigen Träger des Wiederaufbaus werden müssen.

Die Corona-Krise trifft arme Menschen stärker als Reiche. Deshalb engagieren wir Linke uns in den Kommunen gerade jetzt in der Krise für die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur. Um eine Zunahme von Armut zu verhindern, müssen das Kurzarbeitergeld deutlich erhöht und die Beschäftigten in Risikobereichen finanziell für ihre Mehrbelastung entschädigt werden. Für belastete Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende, Niedrigverdienende, Hartz-IV-Beziehende, Geflüchtete und Obdachlose müssen spezielle Hilfsprogramme entwickelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns ein für eine dauerhafte Neuordnung der Kommunalfinanzierung und eine Sonderabgabe der Milliardärinnen und Milliardäre zur Bewältigung der kommunalen Schuldenlast.

Der Beschluss mit allen 15 Forderungen kann zudem online auf Seite des Landesverbandes aufgerufen werden: www.die-linke-bw.de

Kitagebühren abschaffen

Am 18. Mai wird der Landesverfassungsgerichtshof in Stuttgart darüber entscheiden, ob ein Volksbegehren für Gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg zugelassen wird oder die Landesregierung mit dem Verbot einer Volksabstimmung durchkommt.

Angesichts der Corona-Krise, geschlossener Kitas und zu wenig Erzieher*innen im Land sind die Eltern und insbesondere Alleinerziehende zusätzlich belastet. Es reicht nicht, wenn jetzt die Kitagebühren für einige Wochen ausgesetzt sind. Die Landesregierung sollte ihren kinderfeindlichen Standpunkt grundsätzlich überprüfen, ihre Klage zurücknehmen und den Weg für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg frei machen. Das Recht der Kinder auf Bildung fängt in der Kita an. Deshalb brauchen wir beides: Gute Qualität und Gebührenfreiheit. Erzieher*innen müssen besser bezahlt und die Familien entlastet werden. DIE LINKE unterstützt das landesweite Bündnis für gebührenfreie Kitas.

Gerlinde Strasdeit, Stadträtin in Tübingen und Ortsvorsitzende von ver.di

1. Mai - Tag der (Sorge-)Arbeit

In der Krise halten Frauen die Gesellschaft am Laufen. Die Pandemie macht deutlich, dass vor allem die „Frauen“Berufe für unsere Gesellschaft überlebenswichtig sind: Nämlich Pflegekräfte, Reinigungskräfte, Verkäufer*innen, Sozialarbeitende und viele mehr. In diesen Bereichen herrscht oft Personalmangel, Überlastung und eklatanter Unterbezahlung. Die warmen Worte von Politik und Wirtschaft reichen nicht. **Wir fordern: Löhne rauf in Pflege und Einzelhandel.**

Der größte Teil der Frauenarbeit findet unbezahlt Zuhause statt. Arbeiten wie putzen, kochen, Wäsche waschen, Kinder betreuen, Angehörige pflegen und die Verantwortung für die Familie werden immer noch zu großen Teilen von Frauen bewältigt. In der Krise nimmt die Mehrfachbelastung zu. Eltern und v.a. die Mütter müssen nun Home-Office mit Home-Schooling und Kinderbetreuung vereinen.

Wir treten für eine gerechte Verteilung der Sorgearbeit auf alle Menschen ein.

Sabine Skubsch, Karlsruhe, Betriebsrätin beim IB

V.i.S.d.P.: Bernhard Strasdeit, DIE LINKE Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart
info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de